

SEW/OGBL und Apess wollen schleichende Privatisierung des Bildungswesens stoppen

Gewerkschaften blasen zum Kampf



Gilles Everling (Apess), Jules Barthel (SEW) und Vera Dockendorf (SEW) fordern eine grundlegende Diskussion mit allen Schulpartnern und mit Bildungsforschern über die künftige Ausrichtung des öffentlichen Schulsystems in Luxemburg. Foto: Michèle Gantenbein

POLITIK & GESELLSCHAFT / MICHÈLE GANTENBEIN

Die Gewerkschaften machen in Sachen Privatisierung des öffentlichen Dienstes Druck auf die Regierung. Weil Premierminister Xavier Bettel (DP) nicht auf die Terminanfrage vom vergangenen Jahr reagiert, hat die Staatsbeamtengewerkschaft CGFP am Montag ein Schlichtungsverfahren eingeleitet. Gestern kündigten auch SEW/OGBL und Apess bei einer Pressekonferenz Widerstand an.

Jules Barthel (SEW) sprach von einem schleichenden Prozess „mit gravierenden Konsequenzen für das gesamte Bildungssystem“. Ein Prozess, der leider von vielen Menschen – auch aus dem Bildungssektor – nicht richtig wahrgenommen werde, „den sie aber kennen sollten“. In diesem Prozess seien die Gesetzentwürfe 7662 – er liegt derzeit auf Eis – und 7658 nur die Spitze des Eisbergs. Sie sehen vor, den

Zugang zu Direktionsposten im Bildungssektor für Vertreter aus der Privatwirtschaft zu öffnen. Die Gewerkschaften fordern, dass beide Gesetzentwürfe „endgültig vom Tisch verschwinden“.

Dialog- und Demokratieverständnis

Barthel beklagte den „Mangel an Dialog- und Demokratieverständnis überall dort, wo privatwirtschaftliche Akteure sich breit machen“. Stimmen, die von der Linie der Entscheidungsträger abweichen, die Meinung von Interessensverbänden oder der Zivilgesellschaft würden mehr und ignoriert. „Das muss man leider auch im Bildungssektor feststellen.“

Das Mitspracherecht der Gewerkschaften, Eltern- und Schülervertretungen habe massiv unter Bildungsminister Claude Meisch (DP) gelitten. Zwar habe er zahlreiche Gremien geschaffen. Er habe aber nie dafür gesorgt, dass diese Gremien auch konstruktiv arbeiten. Den vor den Wahlen 2018 angekündigten Bildungstisch gibt es bis heute nicht. Barthel forderte, dass die Menschen „vum Terrain“ in Reformprozesse und die Gewerkschaften in die Ausarbeitung von Gesetzentwürfen eingebunden werden.

Schulen im Konkurrenzkampf

Gilles Everling von der Apess beklagte, dass die Autonomie der Schulen zu einem immer schärferen Konkurrenzkampf führe. Ziel der Bildung sei immer mehr, „menschliche Ressourcen für den internationalen Arbeitsmarkt zu produzieren statt kritische und mündige Bürger mit einer breiten, humanistischen Bildung“, so Everling. Er beklagte auch den Attraktivitätsverlust des Lehrerberufs. Statt die Karriere aufzuwerten, würden mehr und mehr Lehrer ohne pädagogische Ausbildung rekrutiert.

Auch die Internationalisierung und Digitalisierung der Bildungslandschaft bereitet den Gewerkschaften Sorgen. „Der Staat gibt den Bildungsauftrag komplett aus der Hand und überlässt Privatfirmen die Entscheidung, was gelernt wird, wie es gelernt

wird, was geprüft und wie es bewertet wird“, sagte Vera Dockendorf vom SEW. Für Firmen wie Apple oder Microsoft sei der Bildungssektor ein lukrativer Markt. Nicht pädagogische Ziele stünden im Vordergrund, sondern die Eigeninteressen der Firmen.

Dockendorf kritisierte auch die Internationalisierung der Schulprogramme. „Manche Schulen kaufen ihre Programme und Examen bei Privatfirmen ein und überlassen die Korrektur und die Bewertung der Examen diesen Firmen“, so Dockendorf. Auch hier gebe der Staat die Hoheit über Lerninhalte an Privatfirmen ab. Solche Konzerne seien IB (Schweizer Stiftung), Pearson und Cambridge Assessment. Dockendorf verwies auf Großbritannien, wo die Privatisierung ebenfalls schleichend begonnen und am Ende zu einem Ranking der Schulen und einer finanziellen Bevorteilung der „besten“ Schulen geführt habe. Das führe zu einem starken Konkurrenzkampf und am Ende zu noch weniger Chancengleichheit. „Wir müssen die Privatisierungstendenzen früh genug erkennen und die Entwicklung überall dort, wo sie stattfindet, stoppen.“ Dockendorf forderte ein sofortiges Umdenken.

SEW/OGBL und Apress suchen nun den Schulerschluss mit den Schüler- und Elternvertretern sowie den Lehrbeauftragten, um zu vermeiden, „dass der Minister die einen gegen die anderen ausspielt“, so Jules Barthel.